

Ver.di

Rede Frank Bsirske

DGB-Aktionstag „Das geht besser“ am 21.10.2006

Frank Bsirske:

Kolleginnen und Kollegen,

ist die FDP nicht immer wieder für einen Joke gut?

Oder wie soll man das verstehen, wenn FDP-Generalsekretär Niebel vorgestern im Bundestag erklärt, dass Liberale keine Schichten kennen, nur Chancen. Und die seien gleich für Alle.

Na gut, könnte man sagen, was soll man auch schon erwarten von einer guidomobilen Partei, deren sozialer Horizont bei den Einkommensverhältnissen von Zahnärzten endet. Vielleicht hat der Generalsekretär Niebel aber auch nur wörtlich genommen, was die Bundesbank kürzlich veröffentlicht hat: Die hat jetzt nämlich ermittelt, dass die Deutschen ihr Geldvermögen in den letzten 15 Jahren glatt verdoppeln konnten. Im Durchschnitt – so vermeldet die Bundesbank – hat jeder Haushalt heute 70.000 Euro auf der hohen Kante. Das hört sich doch richtig gut an, nicht wahr, Kolleginnen und Kollegen?

Nur, dass die Nachricht in einem gewissen – sagen wir mal – Kontrast steht, zu anderen Zahlen derselben Bundesbank. Die meldet nämlich auch, dass die Nettolöhne in Deutschland 2005 erneut gefallen sind. Wie die BRD überhaupt das einzige Lohnstückland ist mit sinkenden Reallöhnen während des letzten Jahrzehnts. Das Geldvermögen verdoppelt sich, während die Masseneinkommen fallen. Wie passt das zusammen?

Nun, Kolleginnen und Kollegen, es geht eben nicht jedem schlechter, bloß weil abhängig Beschäftigte oder Arbeitslose Einbußen hinnehmen mussten.

„Fragen Sie mal einen Sozialhilfeempfänger und Herrn Ackermann, ob sie in derselben Schicht sind“ hat Gysi dem FDP-Niebel im Bundestag entgegengehalten.

Und genauso ist es. Nicht jeder kann sparen, aber einige sparen immer mehr! Diese Kluft ist durch die Steuerpolitik der letzten Jahre systematisch vertieft worden - indem der Spitzenssteuersatz mehrfach gesenkt wurde und durch wiederholte Steuersenkungen zugunsten der Unternehmensgewinne.

Die große Koalition möchte das jetzt noch toppen. Einerseits soll die Mehrwertsteuer erhöht von 16 auf 19 % werden - trotz aller damit verbundenen Risiken für Konjunktur und Beschäftigung. Gleichzeitig werden weitere Absenkungen bei den Unternehmenssteuern angekündigt. Bis zu 16 Mrd. Euro Mindereinnahmen könnte das kosten, schätzt das nordrhein-westfälische Finanzministerium. Das würde 2 Prozentpunkten Mehrwertsteuer entsprechen.

Und, Hand aufs Herz, Kolleginnen und Kollegen: 3 Prozentpunkte Mehrwertsteuererhöhung für haushaltspolitisch zwingend notwendig erklären und gleichzeitig ankündigen, die Unternehmenssteuern um bis zu 2 Prozentpunkte Mehrwertsteuer abzusenken – das muss man erstmal hinkriegen.

Unter dem Strich ist das nichts anderes als eine gigantische Umverteilungsmaschine und das, nachdem bereits die Steuerreformen der letzten Jahre ein regelrechtes Bereicherungsprogramm für Kapitalanleger gewesen sind. Erst wurden die Einkommenssteuern gesenkt, dann stiegen die Defizite des Staates, so dass der wiederum Kredite aufnehmen musste – für Einkommensstarke ein schönes Geschäft!

Was sie früher an Steuern zahlen mussten, das können sie nun dem Staat gegen Zinsen leihen.

Schon jetzt ist absehbar, dass die erhöhte Mehrwertsteuer auch dafür gebraucht werden wird, um die zusätzlichen Zinslasten zu bezahlen. Für Kapitalanleger ist es

natürlich erfreulich, dass alle Konsumenten für ihre Zinserträge einstehen. Die normalen Beschäftigten hingegen, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner erleben, wie aus weniger bei den Einkommen nun durch die Mehrwertsteuererhöhung noch weniger werden kann.

Und in der Tat: Was Schwarz-Rot da vorhat, die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte anzuheben, belastet vor allem kleine Einkommen, Rentnerinnen und Rentner und Arbeitslose. Darüber hinaus droht diese Mehrwertsteuererhöhung dem zarten Pflänzchen Aufschwung die nötige Nahrungszufuhr abzuklemmen. Und tritt das ein, droht uns der nächste Konjunkturbruch und der Rückfall in die Stagnation der Binnenkonjunktur.

Deswegen sagen viele: Lasst die Finger weg von der Mehrwertsteuer!
Zu Recht.

Anlass zur Sorge, Kolleginnen und Kollegen, gibt auch die Rentenpolitik. Es bleibt nicht nur dabei, dass über den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor in Zukunft die Renten geringer ausfallen, jetzt soll auch noch ein sogenannter Nachholfaktor dafür sorgen, dass die Renten auch bei steigenden Löhnen nicht erhöht werden. Und oben drein soll die stufenweise Einführung der Rente mit 67 für weitere Einsparungen sorgen.

Kolleginnen und Kollegen,
da fragt man sich schon, ob die, die da über die Anhebung des Rentenalters schwadronieren überhaupt eine Vorstellung von den Arbeitsbedingungen haben, unter denen Millionen von Menschen Tag ein, Tag aus in diesem Lande arbeiten.

Und da möchte man sie doch einfach mal einladen! Laden wir die Herren Stoiber und Koch und die SPD-Netzwerker doch mal ein, dass sie mal eine Woche mitarbeiten im Krankenhaus, auf dem Bau oder in der Stadtreinigung hinter dem Müllwagen. Und dann fragen wir sie mal nach dieser Woche, ob sie sich vorstellen können, das nicht nur eine Woche, sondern ein Jahr - Tag aus, Tag ein – zu machen und das dann nicht nur ein Jahr sondern 10 Jahre und nicht nur 10 Jahre sondern 30, 40 Jahre.

Das fragen wir sie doch mal! Und ob sie dann immer noch für Arbeitszeitverlängerung sind und für die Rente mit 67 – fragen wir sie das! Da bin ich aber mal gespannt auf die Antworten!

Und das ist nur ein Aspekt des Problems.

Rente mit 67 in einer Situation anhaltender Massenarbeitslosigkeit – in einer Situation, in der derzeit 60 % der deutschen Betriebe überhaupt niemanden mehr beschäftigen, der älter als 50 ist – heißt doch nichts anderes, als dass viele Ältere in Zukunft noch zwei Jahre länger arbeitslos sein werden. Und dann anschließend mit noch weniger Rente dastehen.

Und das alles, damit weniger als ein halber Beitragspunkt eingespart werden kann. Darauf veranschlagen die Rentenversicherungsträger nämlich die langfristige Entlastung der Rentenkassen durch eine Rente mit 67: Auf weniger als einen halben Beitragspunkt.

Na gut, könnte man sagen: Ex-Arbeitsminister Walter Riester weiß Rat. Der hat in einem Interview mit der Westdeutschen Allgemeinen kürzlich gesagt – ich darf das mal zitieren:

„Die Deutschen haben zwar eine hohe Sparquote, geben aber das Geld für andere Dinge, etwa ein neues Auto aus. Das sollte sich ändern, wenn sie sich im Alter noch etwas leisten wollen.“

Klare Worte, wenngleich etwas überraschend aus dem Munde eines ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der IG Metall. Nur: Die Wahl zwischen Neuwagen oder Sparen fürs Alter trifft die Lebenswirklichkeit vieler Menschen längst nicht mehr.

Stattdessen führt – wenn keine Gegenmaßnahmen zur Alterssicherung ergriffen werden – die Reduzierung des Leistungsniveaus der Rentenversicherung dazu, dass eine zunehmende Anzahl von Menschen künftig von Altersarmut betroffen sein wird. Vielleicht kann sich mancher großkoalitionäre Bundestagsabgeordnete nicht vorstellen, was das bedeutet. Schließlich ist er selbst ja von dem, was er da beschließt, nicht betroffen – aber für Millionen von Menschen ist das knallharte Lebenswirklichkeit.

Schon heute. Vor einiger Zeit habe ich mit einer Kollegin aus dem Handel über ihren Rentenbescheid gesprochen – einer Kollegin, die 42 Beitragsjahre Vollzeit gearbeitet und eingezahlt hat. Und jetzt ganze 649,52 Euro Rente herausbekommt. Das ist zu wenig, Kolleginnen und Kollegen! Und das wird künftig noch dramatischer. Wer nur $\frac{3}{4}$ des Durchschnittseinkommens verdient – also 2100 Euro brutto und weniger – wer also weiterhin ein für viele normales, niedriges Einkommen hat, wird in Zukunft auch nach 40 Jahren Beitragszahlung eine Rente in Höhe der Sozialhilfe kaum erreichen. Und damit noch nicht einmal das Niveau, dass auch ohne Beitragszahlung als steuerfinanzierte Fürsorgeleistung bezogen werden kann.

Wer lange Zeiten der Arbeitslosigkeit aufweist, dessen Rentenanspruch steigt während des Hartz IV Bezugs noch um ganze 2,18 Euro pro Jahr. Gleichzeitig muss er in dieser Zeit fast alle Ersparnisse aufbrauchen, die er bei seiner Minirente im Alter dringend bräuchte, um vernünftig leben zu können. Einer Hartz IV Empfängerin nutzen auch Steuervorteile bei Beiträgen zur Riester-Rente nichts – sie hat kein Geld, um sich die Beiträge leisten zu können. Und auch viele, die Arbeit haben, aber nicht viel verdienen, können die Beiträge nicht aufbringen, weil sie das Geld jetzt brauchen – für die Kinder, die teuren Heizkosten und vieles mehr.

Kolleginnen und Kollegen,
trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung: Armut und Sozialbedürftigkeit bis ans Lebensende – das wird gegenwärtig vorprogrammiert.

Was hier tickt, ist keine demografische, sondern eine soziale Zeitbombe. Und die muss entschärft werden – z. B. mit einer höheren Bewertung von geringeren Einkommen. Indem z. B. niedrigen Einkommen zusätzliche Beitragspunkte zugerechnet werden.

Sicher, Kolleginnen und Kollegen, der größer werdende Anteil Älterer an der Bevölkerung und die Tatsache, dass wir länger leben als früher, führt zu steigenden Kosten der Alterssicherung. Aber diese Kosten können bewältigt werden!

Ob und in welchem Maße dies gelingt, hängt vom Produktivitätswachstum ab, und davon, ob und in welchem Maße wir es schaffen,

- die Arbeitslosigkeit abzubauen
- den Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu stoppen
- sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit von Frauen, jungen und älteren Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern zu erhöhen
- Armutslöhnen entgegenzuwirken
- und zu einer Lohnpolitik zurückzukehren, die sich am Produktivitätsfortschritt und Inflationsausgleich ausrichtet.

Eine Politik, die dazu beiträgt – verbunden mit Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Weiterbildung und gesundheitliche Vorsorge – eine solche Politik ist die beste Rentenpolitik. Dazu haben die Gewerkschaften Vorschläge gemacht!

Im Mittelpunkt dieser Vorschläge steht ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt. Im Unterschied zum Investitionsprogramm der Bundesregierung von gerade mal 25 Milliarden Euro über die gesamte Legislaturperiode schlagen wir vor, mit 20 Milliarden Euro pro Jahr zu beginnen und die Ausgaben binnen drei Jahren auf jährlich insgesamt 40 Milliarden Euro zu steigern.

Wer Ausgabensteigerung fordert, muss auch ein schlüssiges und durchgerechnetes Konzept zur Finanzierung vorlegen können, ich weiß. Dies haben ver.di und die IG Metall, sowie attac mit dem „Konzept Steuergerechtigkeit“ getan. Berechnungen zeigen, dass durch eine Reform der Unternehmensbesteuerung und eine höhere Besteuerung von Vermögenden und Spitzenverdienenden – welche durchaus den Rahmen vergleichbarer Industrieländer nicht verlässt - ein solches Zukunftsinvestitionsprogramm solide gegen zu finanzieren ist und 1 Million neue Arbeitsplätze entstehen können – bei im übrigen rückläufiger Verschuldung. Das ist unsere Position.

Ergänzt um einen öffentlichen Beschäftigungssektor, in dem Leistungen und Geld aus Maßnahmen wie den 1-Euro-Jobs zusammengefasst und für die Bezahlung sozialversicherungspflichtiger Jobs in gemeinnützigen Einrichtung eingesetzt werden.

Der in den letzten Jahren eingeschlagene Regierungskurs war freilich ein ganz anderer. Statt energisch für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, ist über Jahre ein massiver Schrumpfungskurs gefahren worden:

- Reduzierung der öffentlichen Investitionen
- Einsparungen bei den Arbeitslosen und Sozialbedürftigen
- Anreize zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
- Umverteilung zugunsten von Unternehmensgewinnen sowie Spitzenverdienern und Vermögensbesitzern

Das hat zu tiefen Einschnitten für Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner geführt. Die versprochenen wirtschaftlichen Ergebnisse freilich sind ausgeblieben – weshalb manche jetzt noch mehr von dem machen wollen, was bisher schon keinen Erfolg gebracht hat. Im Zentrum steht dabei gegenwärtig die sogenannte Gesundheitsreform.

Ziel dieser Reform, so Kanzleramtsministerin Müller, sei die Übertragung der Prinzi-

pien der Rentenreform auf die gesetzliche Krankenversicherung – hin zu einem System von Basissicherung und ergänzender, privater Zusatzversicherung. Für die, die sich das leisten können, wohlgemerkt. „Riesterisierung der Krankenversicherung“ nennt CSU-Landesgruppenchef Ramsauer das.

Dazu dient ein Gesundheitsfond mit staatlich festgesetzten Beiträgen. Führende Vertreter der CDU haben bereits erklärt, diesen Beitragssatz auf Jahre hinaus nicht anheben zu wollen.

Das läuft auf eine systematische Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Einsparung von Leistungen, wo immer das geht, hinaus. Zu Lasten von chronisch Kranken und Schwerstkranken! Und wenn die gesetzlichen Krankenkassen dann mit dem Beitrag immer noch nicht auskommen, dürfen sie – nur von den Versicherten – eine zusätzliche Mini-Kopfpauschale erheben. Doch was klein beginnt – minimäßig – wird nicht klein enden und kann schnell zu einer reinrassigen Kopfpauschale werden, so wie die CDU das ja auch von vornherein angestrebt hat und weiter anstrebt.

Tatsächlich zeigt sich schon jetzt, dass unter dem Deckmantel des Gesundheitsfonds versucht wird, die Dosis der Belastungen für Kranke und Versicherte immer weiter zu erhöhen. Was hier auf den Weg gebracht wird, ist der Ausstieg aus der sozialen Krankenversicherung und die Hinwendung zur verstärkten Privatisierung des Krankheitsrisikos.

Auch dagegen richtet sich unser gemeinsamer Protest.

- Dieses Paket muss vom Tisch, es darf so nicht beschlossen werden!
- Statt dessen sollen alle Bürgerinnen und alle Einkommensarten in die solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung einbezogen werden – Bürgerversicherung!

- Die Bundeszuweisungen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben der Kassen – z. B. bei Mutterschutz und Schwangerschaft – dürfen nicht gekürzt, sie müssen aufgestockt werden.

Das sind zentrale Forderungen des DGB an die Bundesregierung. Für die Gesundheitsreform wie für die anderen Bereiche gilt:

Eine andere Politik ist möglich. Und sie ist auch bitter nötig. Wir brauchen einen entschiedenen Kurswechsel in der Politik!

Wir brauchen ihn in der Bildungspolitik, wo die große Koalition die Ausgaben für die Nachqualifizierung von Arbeitslosen binnen zweier Jahre um 2/3 gekürzt hat und die Ausbildungsplatzlücke immer größer wird, obwohl alle wissen: Bessere Ausbildung wird immer wichtiger.

Und wir brauchen den Kurswechsel auch mit Blick auf den Armutslohnsektor in unserem Land. „In Deutschland zahlen sie Hungerlöhne“ – das vermeldeten kürzlich die dänischen Tageszeitungen – „Deutschland als „Billiglohnparadies“ das war in Dänemark Wahlkampfthema, nachdem dänische Fleischkonzerne immer mehr Arbeitsplätze nach Deutschland verlagerten, wo auf den Schlachthöfen Stundenlöhne von 3 Euro gezahlt werden – für osteuropäische Scheinselbständige.

Für Löhne von 3 Euro brutto pro Stunde in Schlachthöfen arbeiten, für einen Lohn von 5 Euro in der Müllentsorgung wie mancherorts in Baden-Württemberg – ohne dass dort Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden, weil die Arbeiter immer nach drei Monaten rotieren und durch andere ersetzt werden – das gehört gegenwärtig zur Realität in diesem Land.

Wenn die gesetzlich zulässige Höchstarbeitszeit überschritten wird, kann in Deutschland dagegen vorgegangen werden. Gegen Niedriglöhne sind die Behörden zur Zeit aber ziemlich machtlos. Aus dem Rheinland sind mittlerweile Fälle bekannt, wo polnische Arbeiter für einen Stundenlohn von 1 Euro brutto und weniger malochten.

Kolleginnen und Kollegen,

da fragt man sich doch: Was ist in diesem Land eigentlich wichtiger? Menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen oder die Gewerbefreiheit oder/und Freiheit, nach Strich und Faden ausbeuten zu können?

Und wir wissen ja: Wenn in bestimmten Branchen die Löhne gegenwärtig in den freien Fall zu geraten drohen, dann nicht nur wegen entsendeter Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa.

Schon heute gibt es über 130 Tarifverträge mit Stundenlöhnen unter 6 Euro brutto. In Thüringen z. B. liegt der Tarif im privaten Bewachungsgewerbe bei 4,35 Euro. Mit den geänderten Zumutbarkeitsregeln nach Hartz IV können sich die Unternehmer jetzt Arbeitslosengeld II Empfänger zuweisen lassen für Löhne, die noch 30 % unter den ortsüblichen Lohn liegen. Dann sind wir bei Löhnen um 3 Euro brutto pro Stunde.

Was ist das anderes als arbeitende Armut – mit eingebautem Zwang zu Überstunden noch und nöcher um des nackten Überlebens willen.

Arm trotz Arbeit? – Ich frage: Sollen wir uns damit abfinden?

Es gibt Leute, die uns genau das vorschlagen! Der Chefvolkswirt der deutschen Bank, Norbert Walter, hat in einem Interview mit der Magdeburger Volksstimme erklärt, dass künftig manche von uns einen Lohn bekommen werden, der in Deutschland zum Überleben nicht mehr reicht. Dann müssten zwei bis drei Familienmitglieder arbeiten, damit die Familie überleben kann.

Ist das zu fassen?

Da drängt sich natürlich die Frage auf, wer da das dritte Familienmitglied sein soll, das arbeiten gehen muss, damit die Familie überleben kann. Das Kind? Der Großvater? Die Großmutter?

Kolleginnen und Kollegen,

was ist das anderes, als eine Kriegserklärung für alle arbeitenden Menschen in diesem Land?

Ich möchte den Worten des Chefvolkswirts der Deutschen Bank ein anderes Zitat entgegensetzen. Es lautet:

„Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum – ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“

Kolleginnen und Kollegen,

dieses Zitat stammt von Franklin Delano Roosevelt, aus der Kongressrede, die dieser amerikanische Präsident zur Einführung des nationalen gesetzlichen Mindestlohns in den USA gehalten hat – im Jahre 1938!

Der Kontrast könnte nicht größer sein zu der Botschaft, die Ideologen des Neoliberalismus heute für die Menschen bereithalten.

Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir jetzt aus der Zeitung von einer Firma erfahren, die hier in Deutschland, im Internet, Arbeitsplätze versteigert an diejenigen, die bereit sind für den geringsten Aufschlag auf einen Sockel von 3 Euro brutto pro Stunde ihre Arbeitskraft zu verkaufen, dann wissen wir: Es waren solche Zustände, gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begonnen haben, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen.

Um zu verhindern, dass die Löhne in Grund und Boden konkurriert werden können, um die Konkurrenz untereinander zu begrenzen, ja besser noch, zu überwinden. Und das ist heute, nach Jahrzehnten neoliberaler Reformen, so aktuell wie lange nicht: Damit die Löhne in vielen Branchen nicht länger in den freien Fall geschickt werden können. Damit Löhne gezahlt werden, von denen Männer wie Frauen und Familien anständig leben können. Andere Länder haben hier – unter dem Druck der Gewerk-

schaften – längst Grenzen gesetzt, indem sie den nationalen Geltungsbereich der Entsenderichtlinie auf alle Branchen ausgeweitet und mit einem gesetzlichen Mindestlohn verbunden haben. So garantieren sie, dass Tariflöhne gezahlt werden, wenn diese besser sind; in jedem Fall aber kein Lohn unter den gesetzlichen Mindestlohn sinken darf.

Kolleginnen und Kollegen,

angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahren müssen wir dem Beispiel in den westeuropäischen Nachbarländern folgen. Auch wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, nach dem wir Anschluss finden an die westeuropäischen Standards mit gesetzlichen Mindestlöhnen zwischen 7,01 Euro und 8,43 Euro Brutto pro Stunde von Irland bis Frankreich, von Großbritannien bis zu den Niederlanden, von Belgien bis Luxemburg.

Deshalb trage ich diesen Sticker: Kein Lohn unter 7,50 Euro brutto pro Stunde! Gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland – beginnend mit 7,50 Euro und dann Zug um Zug ansteigend auf 9 Euro brutto pro Stunde. Das ist unsere Forderung! Die Forderung des DGB.

Die ausländischen Erfahrungen zeigen: der gesetzliche Mindestlohn verbessert die Bedingungen gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Dem freien Fall der Löhne werden Grenzen gesetzt. Die Erfahrungen in Großbritannien und Irland – die erst vor sieben Jahren den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben – zeigen auch, dass es dabei keine negativen Arbeitsplatzeffekte gibt. Im Gegenteil: Der gesetzliche Mindestlohn stabilisiert die Binnenkonjunktur. Er hilft vor allem Frauen und Beschäftigten in Branchen mit Armutslöhnen. Er nützt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genauso wie den Gewerkschaften.

Gesetzliche Mindestgrenzen sind ja auch nichts Ungewöhnliches. Wir kennen sie schließlich auch in vielen anderen Bereichen des Arbeitslebens: von der Arbeitszeit bis zum Bundesurlaubsgesetz mit dem gesetzlichen Mindesturlaub.

Der Druck auf die Löhne jedenfalls durch Hartz IV und die osteuropäischen Billiglöhne zwingt uns zum Handeln. Jetzt!

Deutschland muss aufschließen auf westeuropäische Normalstandards!

Dem freien Fall der Löhne im unteren Bereich muss wirkungsvoll begegnet werden!

Arbeit darf nicht arm machen!

Und sie darf nicht entwürdigen!